

## Hintergrundpapier:

# Was das 2% Ziel der NATO für die europäischen Verteidigungshaushalte 2024 bedeutet

Claudia Major, Christian Mölling, Torben Schütz, Alicia von Voss

1	Die 2% Debatte: Gekommen um zu bleiben.....	2
1.1	Die Lastenteilungsdebatte in der NATO.....	2
1.2	Aktuelle Verteidigungshaushalte: Keine Trendwende, wenige Musterschüler .....	3
2	Drei gute Gründe, die Budgets zu erhöhen .....	3
2.1	Sicherheitspolitisches Umfeld und transatlantischer Schutz .....	3
2.2	Europa schwinden weiter die Legionen .....	3
2.3	Die Verteidigungsinflation frisst das Budget stetig auf.....	4
3	Entwicklungsperspektiven für die Verteidigungshaushalte .....	5
3.1	Erforderliche Steigerung, um sich bis 2024 dem 2% Ziel zu nähern .....	5
3.2	Die Magie der Zahlen .....	7
4	Das 2% Ziel als ambivalentes Maß .....	8
5	Mehr Geld ist nicht gleich mehr Fähigkeit: Risiken und Probleme von Erhöhungen.....	9

Mehr Geld für Verteidigung: darauf haben sich 2014 auf dem NATO Gipfel alle Mitgliedstaaten geeinigt. Bis 2024 sollen alle Alliierten ihre Verteidigungsausgaben steigern und 2% des BIP anstreben, so lautet die Zielvorgabe. Seit Donald Trump US Präsident ist, steigt der Erwartungsdruck auf die Europäer, die selbst gesteckten Ziele auch umzusetzen. Aktuellen Zahlen zufolge würde diese für Deutschland bedeuten, jährlich seine Ausgaben um 6,8 Mrd. Euro zu steigern, um im Jahr 2024 ca. 85 Mrd. Euro für Verteidigung auszugeben – das entspricht einer Steigerung von insgesamt ca. 129% zwischen 2017 und 2024. Deutschland würde 2024 damit 27 Mrd. Euro mehr ausgeben als Frankreich und 30 Mrd. Euro mehr als Großbritannien. Es hätte innerhalb der NATO den zweitgrößten Verteidigungshaushalt nach den USA.

Tatsächlich gibt es gut Gründe, Verteidigungshaushalte zu erhöhen. So haben jahrelange Sparmaßnahmen dazu geführt, dass ein Großteil der Bundeswehrausrüstung nur noch auf dem Papier einsetzbar ist. Zudem hat das Parlament klare Vorgaben zu den Aufgaben der Bundeswehr gemacht, die aus dem aktuellen Budget und Zustand nicht zu bewältigen sind.

Die Herausforderung bei einer Erhöhung des Verteidigungshaushalt liegt darin, nicht nur 2 % vom BIP bereit zu stellen (Input), sondern die Gelder auch sinnvoll auszugeben (Output). Denn letztendlich zählt vor allem, wie viel mehr an Personal, Material und Einsatzfähigkeit die Streitkräfte erhalten. Eine Erhöhung des Verteidigungshaushalts um des Erhöhens Willens ist nicht zielführend.

Für Europa ergibt sich die Chance, die Mehrausgaben dazu nutzen, seine eigene Handlungsfähigkeit zu verbessern und den Europäischen Pfeiler in der NATO zu stärken. Gleichzeitig würden die Mehrausgaben auch den europäischen Kooperationsinitiativen, wie etwa PESCO, zugutekommen.

*Verbesserungsvorschläge für diese Aufbereitung und Kommentare nehmen wir gerne auf.  
Dieses Papier gibt nur die Meinung der Autoren wieder, nicht die der SWP oder der DGAP.*

## 1 Die 2% Debatte: Gekommen um zu bleiben

Seit dem Amtsantritt von Präsident Trump 2017 setzt die US Regierung die europäischen NATO-Mitglieder unter Druck: Sie sollen ihrer Verpflichtung nachkommen, zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) für Verteidigung auszugeben.

Das kommt nicht überraschend: Trump hatte schon im Wahlkampf damit gedroht, der NATO und damit ihren europäischen Mitgliedern die Unterstützung zu entziehen, sollten sie nicht mehr zahlen. Zwar hatten schon seine Vorgänger regelmäßig die geringen Verteidigungsausgaben der Europäer kritisiert, aber der Ton des US-Präsidenten und die Atmosphäre des Unberechenbaren, die ihn umgibt, verleihen der Forderung mehr Nachdruck. Deshalb fürchten die Europäer mehr als zuvor, dass die USA tatsächlich Konsequenzen ziehen und ihre Unterstützung zurückfahren könnten, wenn die Alliierten den Forderungen nicht nachkommen.

Deshalb sind nicht nur jene Europäer, die sich direkt durch Russland bedroht fühlen bereit, einen ernsten Blick in ihre Geldbörse zu werfen, sondern auch die, wie Deutschland, die sich weniger direkt bedroht fühlen. In dem Sinne war der US-Präsident erfolgreicher als seine Vorgänger.

### 1.1 Die Lastenteilungsdebatte in der NATO

Die Idee des 2% Ziels ist nicht nur griffig, sie klingt auch solidarisch: Alle Staaten tragen mit dem gleichen Anteil ihrer Wirtschaftsleistung zur Sicherheit der Gemeinschaft bei, indem sie 2% in Verteidigung investieren. So sollen die Lasten kollektiver Verteidigung gleichmäßig verteilt werden.

Der Streit darüber, wer welche Lasten in der NATO tragen muss, ist so alt wie die NATO selbst. Geld hat dabei immer eine Rolle gespielt. Deshalb einigten sich 2002 die NATO-Staaten darauf, mindestens 2% ihres Bruttoinlandsproduktes (BIP) für Verteidigung auszugeben. Seitdem tragen US-Offizielle beharrlich die Forderung vor, die anderen Mitglieder sollten nun diese 2% auch wirklich ausgeben. Geändert hatte das nichts – bis vor kurzem ist die Zahl der Staaten, die diese Hürde geschafft haben, sogar gesunken.

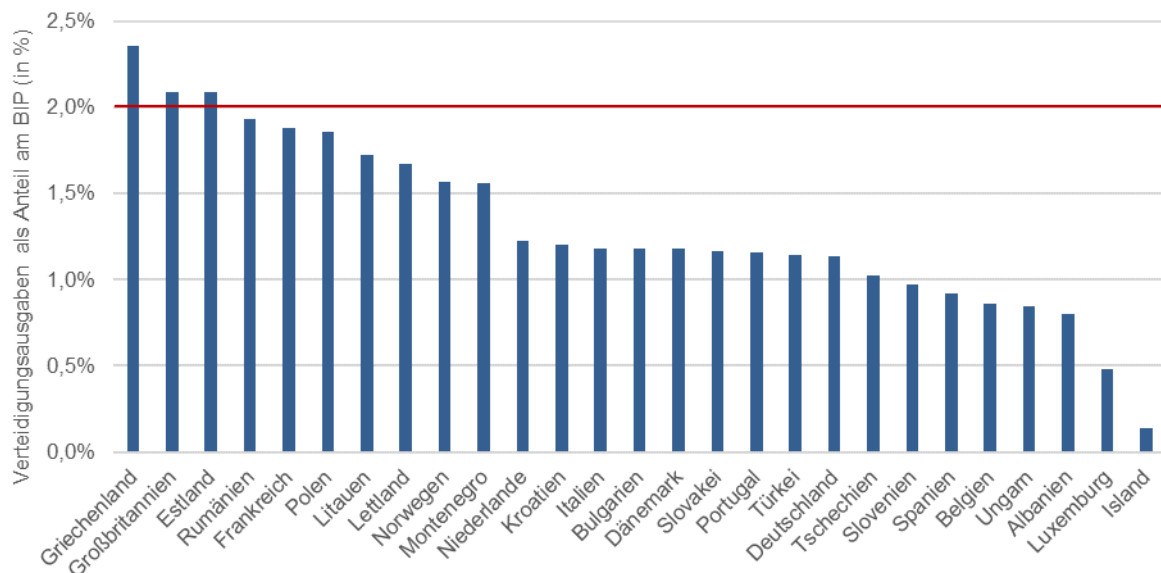
Erst als mit der Ukraine-Krise seit 2014 eine greifbare militärische Bedrohung für Europa zurückkehrte, haben einige Länder ihre Ausgaben wieder gesteigert. Seitdem gibt es in der NATO auch eine Konkretisierung des alten 2 % Ziels: Auf dem NATO Gipfel in Wales haben alle Mitgliedstaaten die politische Selbstverpflichtung getroffen, bis 2024 eine Trendwende hin zu mehr Ausgaben zu vollziehen und sich zu bemühen, das 2% Ziel zu erreichen. Das ist der sog. Defense Investment Pledge (DIP). „Bemühen“, also ein Hinarbeiten auf die 2%, ist hier das Schlüsselwort. Der DIP fordert nicht, dass die Staaten bis 2024 das 2% Ziel "erreichen". Zudem sollen die Staaten 20% in neue Ausrüstung investieren. Es handelt sich also um eine doppelte Zielvorgabe: 2 % des BIP für Verteidigung, und 20 % davon für neue Ausrüstung, Forschung und Entwicklung auszugeben.

Verbesserungsvorschläge für diese Aufbereitung und Kommentare nehmen wir gerne auf.  
Dieses Papier gibt nur die Meinung der Autoren wieder, nicht die der SWP oder der DGAP.

## 1.2 Aktuelle Verteidigungshaushalte: Keine Trendwende, wenige Musterschüler

Obwohl diese Vereinbarung rechtlich nicht bindend ist, entfaltet sie eine enorme faktische Kraft. Tatsächlich gab es Veränderungen bei den Ausgaben - doch von einer Trendwende kann noch nicht die Rede sein. Zwar gaben 2017 einige Staaten tatsächlich mehr aus (z.B. Estland, Polen). Viele aber stagnieren auf dem ungefähren Niveau des Vorjahres (Italien). Insgesamt, so zeigt Abbildung 1, verfehlt die übergroße Mehrheit der europäischen Staaten die 2% Zielmarke deutlich.

Abbildung 1: Verteidigungsausgaben europäischer NATO Mitglieder als Anteil im BIP (in Prozent, 2017)



Quelle: Berechnungen der AutorInnen

## 2 Drei gute Gründe, die Budgets zu erhöhen

Es gibt gute Gründe für eine systematische Erhöhung der Verteidigungshaushalte.

### 2.1 Sicherheitspolitisches Umfeld und transatlantischer Schutz

Europa fehlen schlicht die Alternativen zu einem Bündnis mit den USA: Kurzfristig kann Europa seine Sicherheit nicht ohne die USA garantieren. Militärisch ist Europa ohne die USA verloren. Aber auch der politische Schaden eines Rückzuges der USA für die transatlantischen Beziehungen ginge weit über die NATO hinaus. Er beträfe die Möglichkeit, globale Ordnungsfragen gemeinsam anzugehen, wie etwa die Sicherheit im Nahen Osten.

Mittelfristig (5-7 Jahre) kann Europa keine glaubhaften Fähigkeiten aufbauen, die nicht auf dem Rückgrat der USA basieren. Das betrifft die konventionellen Fähigkeiten. Bei den nuklearen ist die Situation noch schwieriger. Auch eine stärker selbstbestimmte europäische Sicherheitspolitik kann auf die militärische Dimension nicht verzichten. Aller deutschen Abwehrhaltung zum Trotz gewinnt das Militärische zunehmend an Bedeutung für die Weltpolitik. Ohne die Fähigkeit, Gewalt abzuhalten und in ihre Schranken zu weisen, können die Europäer auch die drängenden nicht-militärischen Sicherheitsprobleme nicht angehen. Das haben auf unterschiedliche Weise die Ukraine-Krise, der Krieg in Syrien und die Flüchtlingsströme aus Afrika gezeigt.

### 2.2 Europa schwinden weiter die Legionen

Ein zweiter Grund, Verteidigungsausgaben zu erhöhen, ist der desolate Zustand der europäischen Streitkräfte. Es stimmt: Europa ist seit langem Trittbrettfahrer US-amerikanischer Sicherheitsleistungen. Der Abbau der europäischen Streitkräfte seit dem Ende des Kalten Krieges, und

*Verbesserungsvorschläge für diese Aufbereitung und Kommentare nehmen wir gerne auf.  
Dieses Papier gibt nur die Meinung der Autoren wieder, nicht die der SWP oder der DGAP.*

insbesondere seit der Wirtschaftskrise 2008, ging über das notwendige und Akzeptable hinaus. Ein wesentlicher Teil des Schadens ist entstanden, weil die Staaten sich über den Abbau ihrer Streitkräfte nicht verständigt haben. Jeder hat behalten, was er wichtig fand- nicht was in der NATO gebraucht wurde. Zudem war das Beharrungsvermögen der Teilstreitkräfte groß. So schrumpften die Armeen auf Bonsai Format: Alles dran, aber viel zu klein, um militärisch schlagkräftig zu sein.

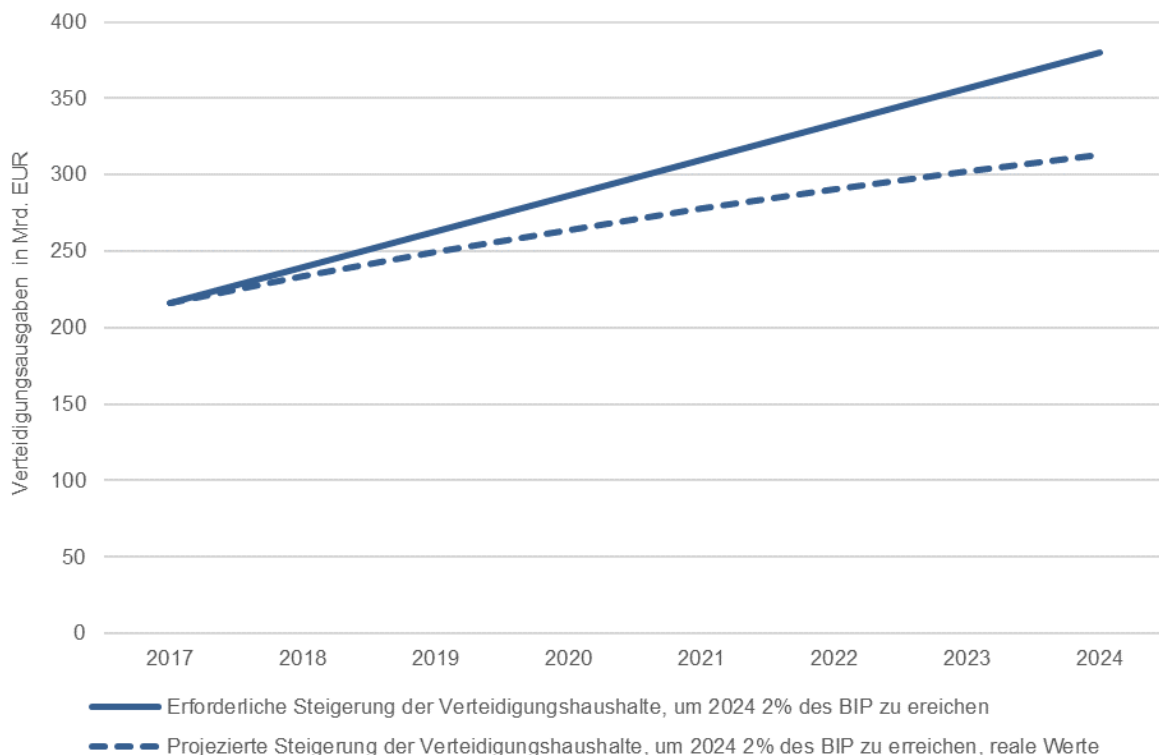
### 2.3 Die Verteidigungsinflation frisst das Budget stetig auf

Der wichtigste Grund für eine systematische Steigerung der Verteidigungsausgaben ist die sogenannte Verteidigungsinflation. Sie beschneidet jedes Jahr die Kaufkraft jedes Verteidigungshaushalts um ein großes Stück. Allein um die militärische Leitungsfähigkeit nur zu erhalten, müssten Verteidigungshaushalte also ständig wachsen.

Das liegt daran, dass der Wert des Geldes, der in Neuanschaffungen und Material investiert wird (der investive Anteil), pro Jahr um 5-10% sinkt. Der Grund dafür sind überproportionale Kostensteigerungen im Verteidigungsbereich u.a. durch Monopole und sehr geringe Stückzahlen.

Abbildung 2 zeigt wie dramatisch sich dieser Effekt über einen längeren Zeitraum auswirkt. Die Kaufkraft des Investitionsvolumens halbiert sich innerhalb von 14 Jahren. Selbst wenn alle Europäer 2024 die 2% Marke erreichen, so ist ihr Geld dann statt knapp 380 Mrd. nur noch ca 314 Mrd. Euro wert - also knapp ein Viertel weniger. Ohne Mehrinvestitionen beim Materialerhalt oder Neuanschaffungen, die diesen Verlust ausgleichen, bedeutet das, dass ein heute bestehendes Fähigkeitsniveau nicht erhalten werden kann.

Abbildung 2: die Effekte der Verteidigungsinflation



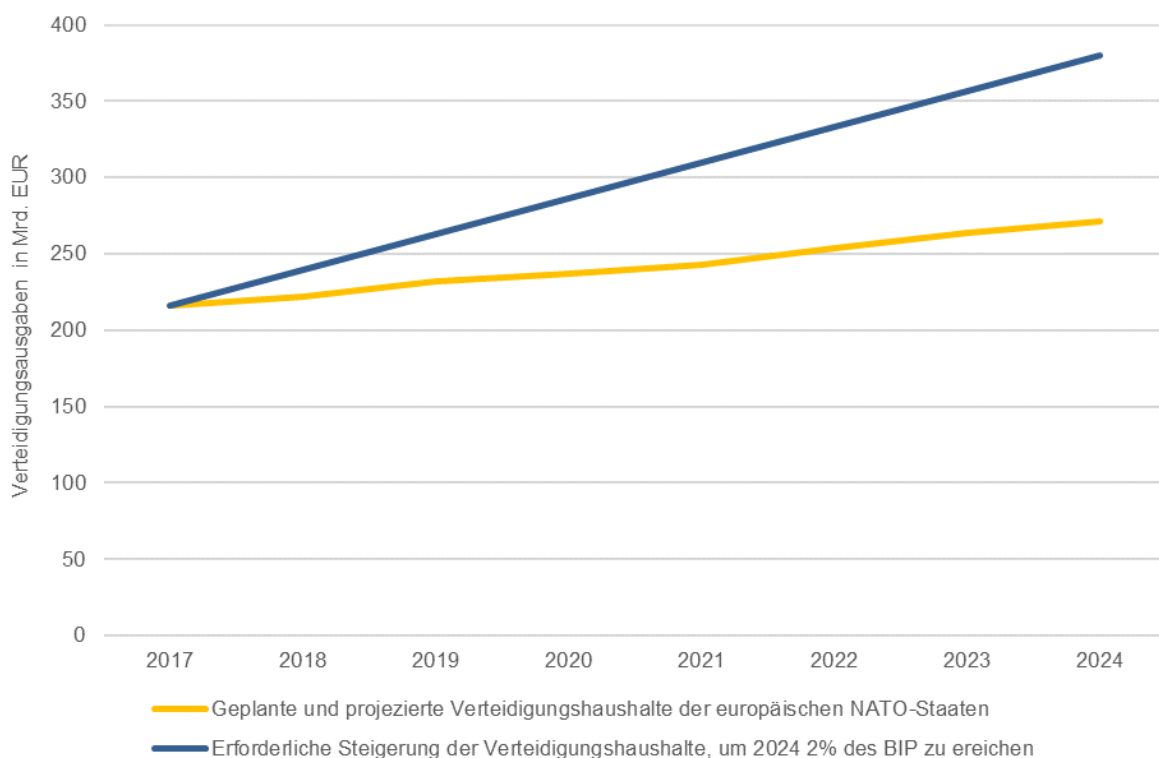
Quelle: Berechnungen der AutorInnen

### 3 Entwicklungsperspektiven für die Verteidigungshaushalte

#### 3.1 Erforderliche Steigerung, um sich bis 2024 dem 2% Ziel zu nähern

Die bisher bekannten Planungen für die Verteidigungshaushalte der nächsten Jahre lassen keinen Enthusiasmus zu: Abbildung 3 zeigt einerseits (blau), wie die Haushalte der europäischen NATO-Staaten sich im Idealfall entwickeln müssten, um die 2 % Marke 2024 zu erreichen. Die gelbe Linie zeigt die bisher bekannten Planungen der Staaten und Extrapolationen der Entwicklungen bis 2024<sup>1</sup>. Die Lücke zwischen Anspruch und Wirklichkeit wäre demnach 2024 etwa 110 Mrd. Euro groß: dieser europäische Beitrag fehlt, um die 2 % Zielmarke zu erreichen.

Abbildung 3: Europäische NATO Mitglieder und Prozentwert der Verteidigungshaushalte im BIP (in Prozent, 2017)



Quelle: Berechnungen der AutorInnen

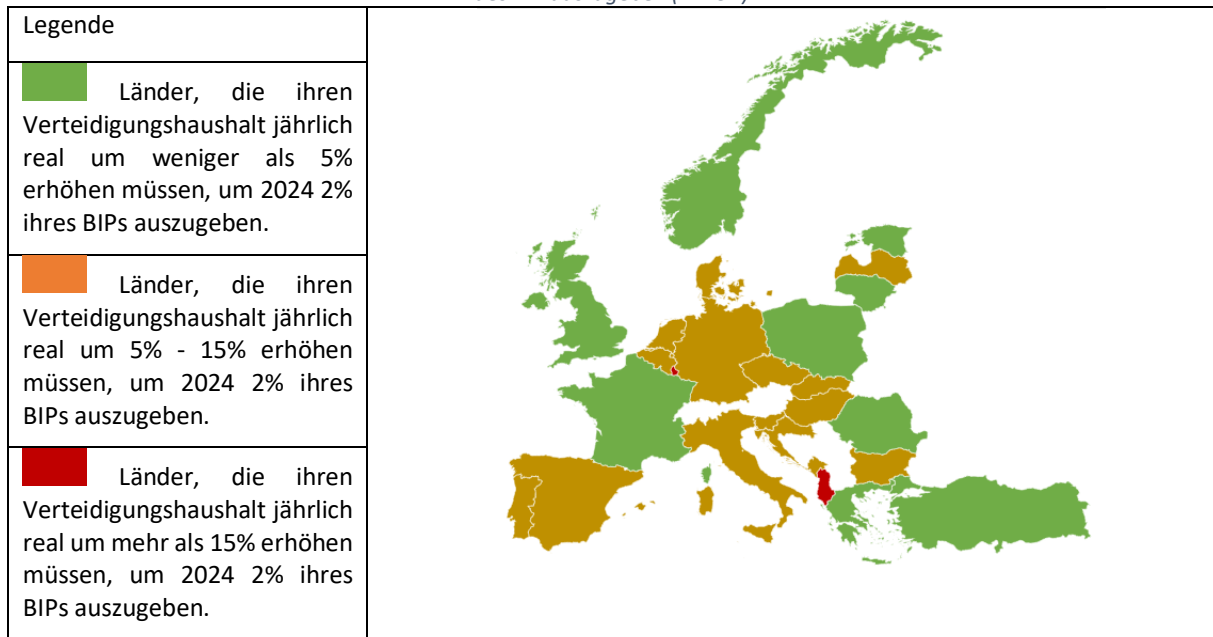
Zugleich müssten die europäischen Länder ganz unterschiedliche Anstrengungen unternehmen, um 2024 gemeinsam die 2 % Marke zu erreichen. Die in Abbildung 4 grün markierten Länder müssten ihre Verteidigungshaushalte *real* um bis zu 5 % jährlich erhöhen; die orange markierten Länder zwischen 5% und 15%. Die rot eingefärbten Ländern müssten ihre Ausgaben um 15 % und mehr jährlich steigern, um das Ziel zu erreichen.<sup>2</sup>

<sup>1</sup> Geplante und projizierte Verteidigungshaushalte beinhalten soweit öffentlich verfügbar die Budgetplanungen der Staaten. Sollten diese nicht verfügbar sein wird mit der Annahme gerechnet, dass die Staaten weiterhin den Anteil ihrer Verteidigungsausgaben am BIP ausgeben wie sie es 2017 getan haben.

<sup>2</sup> Alle Angaben hier beziehen sich auf inflationsbereinigte Werte, inkl. Verteidigungsinflation.

Verbesserungsvorschläge für diese Aufbereitung und Kommentare nehmen wir gerne auf.  
Dieses Papier gibt nur die Meinung der Autoren wieder, nicht die der SWP oder der DGAP.

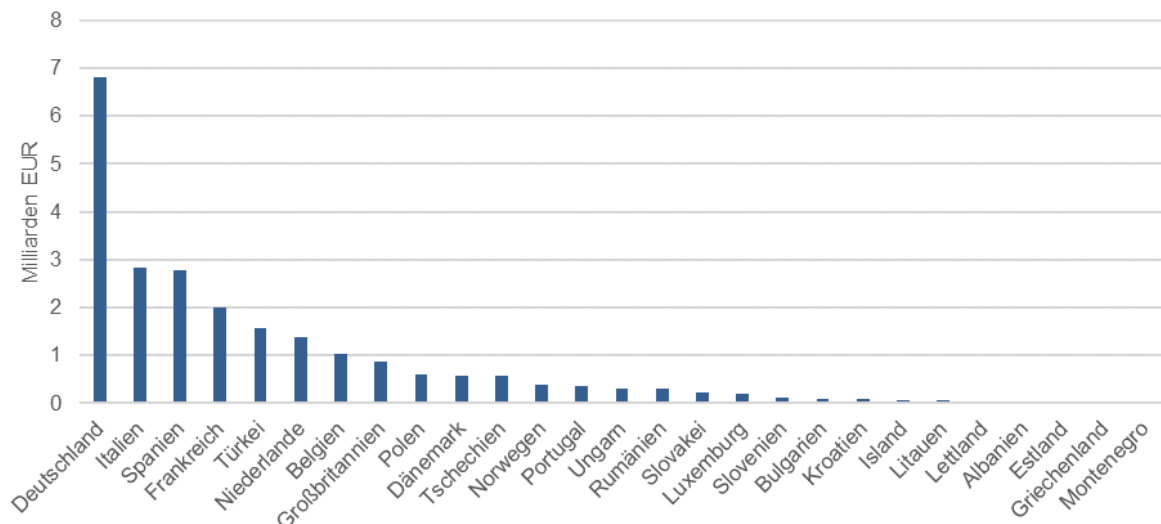
Abbildung 4: Erforderliche durchschnittliche reale jährliche Veränderungen in Verteidigungshaushalten um 2024 genau 2% des BIP auszugeben (in EUR)



Quelle: Berechnungen der AutorInnen

Die herausragende Rolle Deutschlands wird in Abbildung 5 deutlich: Deutschland müsste jedes Jahr seine Ausgaben nominell um 6,8 Mrd. Euro steigern, um dann 2024 ca. 85 Mrd. Euro für Verteidigung auszugeben – eine Steigerung von insgesamt ca. 129% zwischen 2017 und 2024. Es würde 2024 damit 27 Mrd. Euro mehr ausgeben als Frankreich und 30 Mrd. Euro mehr als Großbritannien. Deutschland hätte dann innerhalb der NATO den zweitgrößten Verteidigungshaushalt nach den USA.

Abbildung 5: Erforderliche durchschnittliche jährliche Veränderungen an Verteidigungshaushalten um 2024 genau 2% des BIP auszugeben (in EUR)<sup>3</sup>



Quelle: Berechnungen der AutorInnen

<sup>3</sup> Bitte beachten: Im Vergleich zu der geographischen Abbildung sind dies hier KEINE inflationsbereinigten Zahlen, sondern absolute Werte.

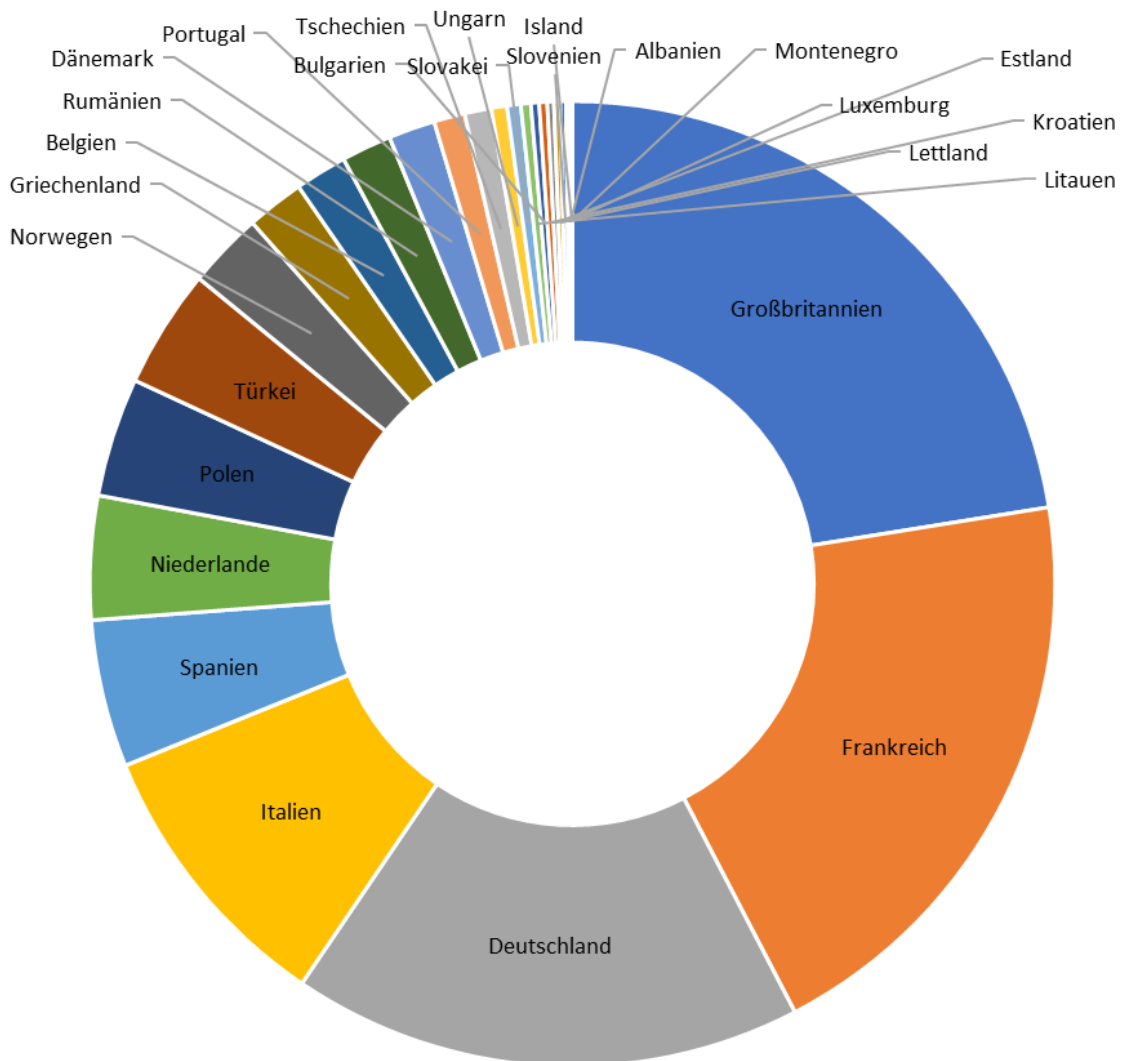
Verbesserungsvorschläge für diese Aufbereitung und Kommentare nehmen wir gerne auf.  
Dieses Papier gibt nur die Meinung der Autoren wieder, nicht die der SWP oder der DGAP.

### 3.2 Die Magie der Zahlen

Was die 2 Prozent Diskussion überdeckt: Kleine Änderungen bei großen Zahlern sind bedeutsamer als große Änderungen bei kleinen Zahlern. Estland erreicht die 2 Prozentmarke. Als Summe kommen damit aber weniger als 0,5 Mrd. Euro zusammen (zum Vergleich, der deutsche Verteidigungshaushalt beträgt 2017, bei knapp 1,2 % des BIP 37 Mrd. Euro).

Frankreich und Deutschland schaffen die 2% Hürde derzeit nicht, Großbritannien gerade so. Doch steuern die drei Länder zusammengenommen den mit Abstand größten Teil der europäischen Ausgaben bei: ca. 130 Mrd. Euro oder 60% der europäischen Ausgaben. Eine Erhöhung auf 2 % des BIP würde in jedem der drei Länder gleich mehrere Milliarden Euro mehr für Verteidigung bedeuten.

Abbildung 6: Größe der europäischen NATO Verteidigungshalte in 2017



Quelle: Berechnungen der AutorInnen

*Verbesserungsvorschläge für diese Aufbereitung und Kommentare nehmen wir gerne auf.  
Dieses Papier gibt nur die Meinung der Autoren wieder, nicht die der SWP oder der DGAP.*

## 4 Das 2% Ziel als ambivalentes Maß

Auch wenn eine Steigerung der Verteidigungsausgaben mittlerweile weitgehend akzeptiert ist, bleibt das 2% Ziel umstritten. Tatsächlich ist es aus mehreren Gründen wenig hilfreich. Erstens spielt die Effizienz (Output), also wie viel Nutzen der Input (eine Erhöhung der Ausgaben) erzielt, beim 2% Ziel keine Rolle. Hier geht es rein um die Input-Steigerung. Doch wenn das Ziel lautet, die NATO effektiv auszurüsten, dann sollten die dafür notwendigen Beiträge, also etwa Flugzeuge oder Panzer, die Kriterien bilden. Die Investitionen sind ein schlechtes Maß, weil die NATO-Staaten unterschiedlich gut mit dem Geld wirtschaften.

Zweitens bezahlen Staaten unterschiedliche Dinge mit ihren Verteidigungsausgaben: Frankreich seine Feuerwehr, Deutschland die Pensionen seiner Bundeswehrangeestellten. Ein hoher Haushalt bedeutet also noch keine effizientes Militär. Er ist noch nicht einmal besonders solidarisch, wenn die Mittel für nationale Ziele auszugeben, die nur als Nebeneffekt auch für NATO-Aufgaben verwendbar sind.

Drittens baut das 2% Ziel auf einer Beobachtung aus der Vergangenheit auf: dass mehr Input in den Verteidigungsapparat immer einen sichtbaren Zuwachs beim Output erzielt. Das trifft aber vor allem für Länder zu, in denen Armeen und Rüstungsindustrien bereits einen bedeutsamen Anteil an der Volkswirtschaft haben. Durch bereits vorhandene Größe können mehr Investitionen über damit verbundene Skaleneffekte zu mehr militärischer Leistungsfähigkeit führen. Das war der Fall für Deutschland, Frankreich, Italien und Großbritannien bis zum Ende des Kalten Krieges und für die USA bis heute. Für die Mehrheit der Staaten trifft das nicht mehr zu.

Viertens führt die willkürliche Relation der beiden Ausgabenwerte, nämlich BIP und Verteidigungsausgaben, zu politisch fragwürdigen Signalen. Griechenland war danach lange ein Musterbeispiel, weil es das 2% Ziel einhielt. Das lag aber nur daran, dass in Griechenland das BIP als Ausdruck eines wirtschaftlichen Abschwungs schneller sank als die Verteidigungsausgaben. Das Militär war vertraglich zu Ausgaben (z.B. in der Beschaffung) gezwungen. Würde Deutschland der 2%-Forderung nachkommen, so würde es Mehrinvestition von derzeit ca. 6,8 Mrd. Euro pro Jahr tätigen müssen. Der Verteidigungshaushalt stiege von derzeit 37 Mrd. auf 85 Mrd. Euro. All dies, weil Deutschlands BIP ein enormes Wachstum vorher gesagt wird. Im Umkehrschluss könnte Großbritannien möglicherweise seine 2% einfach halten, wenn im Rahmen des Brexits die Wirtschaftsleistung des Landes sinken sollte.



*Verbesserungsvorschläge für diese Aufbereitung und Kommentare nehmen wir gerne auf.  
Dieses Papier gibt nur die Meinung der Autoren wieder, nicht die der SWP oder der DGAP.*

## 5 Mehr Geld ist nicht gleich mehr Fähigkeit: Risiken und Probleme von Erhöhungen

Das einfache Rezept der Mehrausgaben birgt Risiken. 2% des BIP im Verteidigungsbereich auszugeben führt nicht automatisch zu mehr Kampfkraft. Da gibt es jene, wie Griechenland, die einen großen Anteil ihres BIP für Verteidigung ausgeben, aber keinen nennenswerten Beitrag in NATO Operationen leisten. Im Gegenteil, die Haupttreiber griechischer Verteidigungsausgaben sind die Angst vor einem Angriff der Türkei und die Rolle der Armee als Arbeitgeber.

In einigen Staaten könnte der Trend zur kreativen Buchführung steigen, um die 2%-Hürde zu überspringen, etwa, indem sie staatliche Ausgaben teilweise „militarisieren“, etwa für die Feuerwehr oder die Polizei.<sup>4</sup>

Zudem verändert es die Logik im Verteidigungsbereich von: „Wofür ausgeben“ zu „wieviel ausgeben“. 2017 stellte sich in Polen, das die 2% Marke in der Verfassung hat, die Frage, ob die Armee noch neue Panzer bekommt, weil noch nicht alles Geld ausgegeben sei. Ein zugesagter Betrag kann also dazu führen, dass Geldausgaben zum Ziel wird, aber nicht das Schaffen von Sicherheit.

Zudem ist der Verteidigungsbereich traditionell dafür bekannt, Steuergeldern zu verbrennen. Es wäre also sinnvoll sicherzustellen, dass aus jedem investierten Euro mehr militärische Leistung entsteht als bislang. Verschwendung von Steuergeldern würde – vor allem in Deutschland - eine Erhöhung in Frage stellen. Die daraus möglicherweise resultierenden Skandale könnten die Ausgaben und Rüstungsanstrengungen erheblich diskreditieren.

Es ist zudem notwendig, die Verteidigungsausgaben in den Kontext der staatlichen Ausgaben und in den Rahmen der spezifischen Situation des Landes zu stellen oder zu verorten. Die isolierte Sicht nur auf die Verteidigungsdimension lässt andere Aspekte von Sicherheit außer Acht. In der Tat könnte Deutschland die 2% Marke erreichen. Doch für viele andere Staaten ist dies nicht nur in weiter Ferne, sondern sogar riskant. Der Versuch einer großen Steigerung im Verteidigungsbereich könnte auf Kosten der Gesundheit der gesamten Volkswirtschaft gehen.

Die 90 % Marke stellt hierbei eine magische Grenze dar: Langzeitstudien belegen, dass sich die Staaten selbst volkswirtschaftlichen Schaden zufügen, wenn die Staatsverschuldung über diese Marke steigt. Die Grafik unten zeigt, dass es NATO-Staaten gibt, für die eine Erhöhung des Verteidigungshaushaltes die ökonomische Sicherheit gefährden könnte, weil sie ohnehin so hoch verschuldet sind, dass eine Budgeterhöhung durch höhere Staatsverschuldung sie destabilisieren könnte.<sup>5</sup>

Die Abbildung 7 zeigt jene Staaten, die vor diesem Dilemma stehen: Griechenland gibt im Grunde zu viel für Verteidigung aus, weil es erheblich überschuldet ist. Italien würde das gleiche Schicksal drohen. Es ist schon heute erheblich überschuldet, erreicht das 2% Ziel aber bei weitem nicht. Ähnlich ist die Lage in Portugal. Grundsollide hingegen erscheinen Polen und Estland, die zudem das 2 % Ziel erreichen.

Damit stellt sich die Frage der Verantwortung auch für die NATO: soll sie auf dem 2 % Ziel und NATO Solidarität zu insistieren, wohl wissend, dass die Erfüllung des Kriteriums einige Länder in wirtschaftliche Katastrophen treiben kann, was wiederum andere Sicherheitsfragen aufwerfen wird?

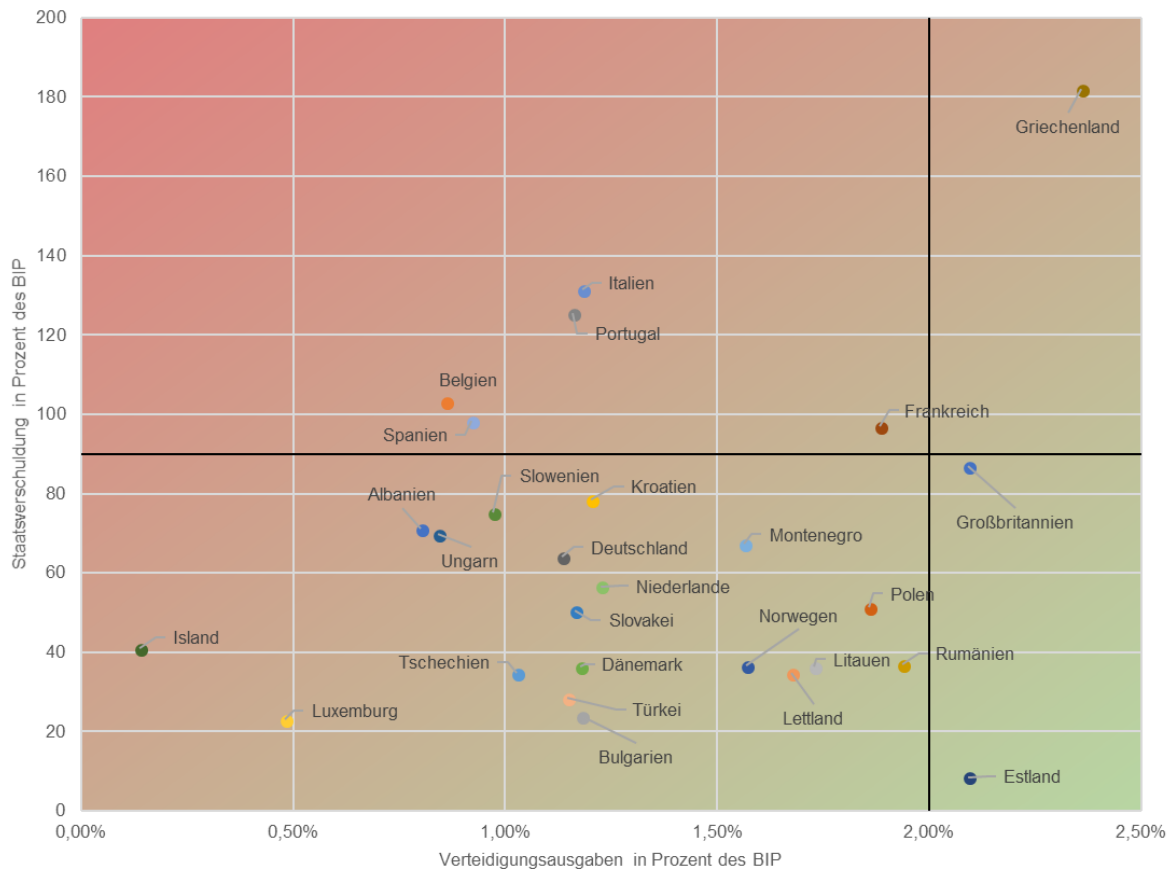
---

<sup>4</sup> Großbritannien geriet beispielsweise in den letzten Jahren in den Verdacht das zu tun, s. Royal United Services Institute (3.08.2015): 2% defence spending target will be met thanks to combination of real-terms increases and accounting rules changes, <https://rusi.org/rusi-news/2-defence-spending-target-will-be-met-thanks-combination-real-terms-increases-and>

<sup>5</sup> Wir betrachten hier nicht die positiven Effekte, die höhere Verteidigungsausgaben für die Volkswirtschaft insgesamt haben könnten.

Verbesserungsvorschläge für diese Aufbereitung und Kommentare nehmen wir gerne auf.  
Dieses Papier gibt nur die Meinung der Autoren wieder, nicht die der SWP oder der DGAP.

Abbildung 7: Staatsverschuldung und Verteidigungsausgaben der eur. NATO Staaten 2017



Quelle: Berechnungen der AutorInnen<sup>6</sup>

AutorInnen:

**Dr. Claudia Major**, Wissenschaftlerin Forschungsgruppe Sicherheitspolitik, Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), [claudia.major@swp-berlin.org](mailto:claudia.major@swp-berlin.org)

**Dr. Christian Mölling**, Forschungsdirektor, Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP), [moelling@dgap.org](mailto:moelling@dgap.org)

**Torben Schütz**, Associate Fellow, Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP), [schuetz@af.dgap.org](mailto:schuetz@af.dgap.org)

**Alicia von Voß**, Programmmitarbeiterin „Sicherheit, Verteidigung, Rüstung“, Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP), [vonvoss@dgap.org](mailto:vonvoss@dgap.org)

<sup>6</sup> Die Daten zur Staatsverschuldung und BIP stammen vom IWF World Economic Outlook 2018.